

Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Grupellostr. 27
D – 40 210 Düsseldorf

Tel +49(0)211 171 10 80
Fax +49(0)211 171 10 78
kurdish.woman.peace.office.@gmx.de

Düsseldorf, 8. Mai 2002

- Unterschriftenkampagne -

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat die EU am 2. Mai 2002 die PKK auf die Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. Öffentlich hervorgetan in dieser Beschlussfassung hat sich insbesondere die schwedische Außenministerin Anna Lindh, die noch kurz zuvor die Türkei als eine „Diktatur“ bezeichnet hat.

Wir werten diesen Schritt der EU als höchstgradig gefährlich und halten es für notwendig, mit vielen verschiedenen Aktionsformen dagegen anzugehen. In diesem Rahmen bitten wir Sie um Ihre Unterstützung. Bitte senden Sie den beigefügten Text unterschrieben per Post an unser Büro zurück oder lassen sie uns per e-mail wissen, dass wir Ihren Namen darunter setzen dürfen.

Kämpfen wir gemeinsam gegen die drohende Kriegsgefahr!

Mit freundlichem Gruß,

Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Anna Lindh, treten Sie zurück!

Wer ist Anna Lindh?

*„Schweden hatte nie so große Möglichkeit wie heute, in Zusammenwirken mit anderen Ländern zu Frieden, Freiheit und Zukunftsglauben beizutragen...“**

Anna Lindh ist Juristin und seit 1998 Außenministerin der sozialdemokratischen Regierung Schwedens. In die Kritik der kurdischen und demokratischen Öffentlichkeit geriet sie, nachdem sie Ende April die Aufnahme der PKK auf die EU-Liste terroristischer Organisationen gefordert hatte. Mit dieser Forderung, die neben Schweden insbesondere auch von Großbritannien, Spanien und Dänemark vorangetrieben wurde, hatte sie Erfolg.

Was steckt hinter dem EU-Beschluss?

„... die volle Verantwortung für internationalen Frieden und internationale Sicherheit tragen...“

Der EU-Beschluss fällt in eine Zeit, in der von kurdischer Seite das Drängen auf eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage größer ist als je zuvor. Mit ausschließlich gewaltlosen Methoden geben Kurdinnen und Kurden seit über drei Jahren ihrer Sehnsucht nach Frieden und ihrer Forderung nach Anerkennung der kurdischen Identität und Einhaltung der Menschenrechte Ausdruck. Der Anfang Mai gefasste EU-Beschluss stellt dagegen einen Schlag dar für die kurdische Bevölkerung, die seit Tagen in Kurdistan, der Türkei und vor allem in Europa auf die Straße geht, um der Öffentlichkeit mitzuteilen: „Wir sind nicht terroristisch, wir fordern Gerechtigkeit.“ Für sie ist die Unterscheidung der schwedischen Außenministerin in „gute Kurden“ und „böse Kurden = PKK“ nicht nachvollziehbar. Denn es war diese Organisation, mit der sie heraus aus Unterdrückung, Verleugnung und Erniedrigung zu Selbstachtung und Würde gefunden haben.

Die PKK hat sich aufgelöst, weil sie ihre Aufgabe als vollendet betrachtet. Aufbauend auf das Fundament der kurdischen Bewegung wurde der Kurdische Kongress für Demokratie und Freiheit (KADEK) gegründet, der über Kurdistan hinaus die Demokratisierung des Mittleren Ostens anstrebt. Genau zu diesem Zeitpunkt hat Frau Lindh und mit ihr die EU es für opportun gehalten, die bereits nicht mehr existierende PKK, die gleichzeitig unverzichtbares Erbe der kurdischen Gesellschaft ist, als terroristisch zu brandmarken. Über die Hintergründe kann viel spekuliert werden. Tatsache ist, dass die Liste rechtzeitig zu Beginn des EU-USA-Jahresgipfels in ihrer aktualisierten Form in Washington präsentiert wurde, die USA sich auf eine Irak-Intervention vorbereiten und die Kreise innerhalb der Türkei, die aufgrund eigener Profitinteressen an einem erneuten Aufflammen des Krieges interessiert sind, durch diesen Schritt ermutigt worden sind. So hat die türkische Armee zeitgleich eine umfassende Militäroperation gestartet, in deren Rahmen sie auch in die UN-Schutzzone im Nordirak einmarschiert ist.

Das Engagement von Frau Lindh dient sehr offensichtlich nicht dem internationalen Frieden und der internationalen Sicherheit, sondern ist darauf ausgerichtet, jegliche Ansätze einer Demokratisierung in der Türkei zu vernichten und die kurdische Bewegung erneut in einen Krieg zu treiben, der ebenso sehr wie für das kurdische Volk Leid und Elend für alle anderen in der Türkei Lebenden bedeutet und die Türkei weiter schwächen und von außen abhängig machen wird.

Gleichberechtigung im herrschenden System

„... in einer Welt von Diskriminierung, weit verbreiteter Gewalt und Unterdrückung von Frauen ist Gleichstellung eine vorrangige Frage...“

Für uns Frauen, Frau Lindh, geht es nicht um Gleichstellung im herrschenden System. Was wir wollen, ist die Welt verändern. Wir wollen keinen Krieg mehr, wir wollen Frieden, wir wollen frei und in Würde leben. Weltweit sind es die Frauen, die am meisten unter den Folgen des Krieges leiden. Mit Ihrer Forderung, Frau Lindh, treten sie indirekt ein für die Fortsetzung der Vergewaltigungen kurdischer Frauen durch türkische Militärs. Sie stellen sich damit direkt gegen den freien Willen Hunderttausender kurdischer Frauen, die aufgestanden sind, um sich von der Unterdrückung zu befreien, der sie in vielfältiger Form ausgesetzt sind.

Als Kurdisches Frauenbüro für Frieden protestieren wir gegen die Politik der schwedischen Außenministerin Anna Lindh und fordern sie zum Rücktritt auf.

Ich unterstütze die Forderung des Kurdischen Frauenbüros für Frieden.

(Unterschrift)

**Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Gruppellostr. 27, D-40 210 Düsseldorf
Tel +49(0)211 171 10 80 Fax+49(0)211 171 10 78, kurdisch.woman.peace.office.@gmx.de**

* alle Zitate aus einer Internetdarstellung über Anna Lindh und die Außenpolitik der schwedischen Regierung